

Stellungnahme der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa zum Appell für Frieden und Mahnung , der auf dem Bundesparteitag der Linken verabschiedet wurde

Wir wurden aufmerksam auf den Appell für Frieden und Mahnung, der von Hans Modrow, einem engagierten Vertreter der deutschen Öffentlichkeit, dem ehemaligen Vorsitzenden des DDR-Ministerrates und dem Vorsitzenden des Ältestenrates der Linken, vorbereitet und beim Bundesparteitag der Linken am 26./27. Februar d.J. beschlossen wurde.

Im Dokument unterstreicht man Deutschlands historische Verantwortung für die Aggression gegen die UdSSR und millionenfache Opfer des sowjetischen Volkes. Es wird aufgerufen, anlässlich des anstehenden 80. Jahrestages des Überfalls des Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion der gefallenen sowjetischen Soldaten zu gedenken. Es werden deutsche Politiker kritisiert, die verantwortungslos für einen Dialog mit Russland „aus einer Position der Stärke heraus“ plädieren. Man weist darauf hin, dass die Spekulationen über die Bedrohung aus dem Osten und das Heranrücken der NATO-Truppen an die Grenzen unseres Landes gefährlich sind. Es wird der Appell der 60 deutschen Persönlichkeiten aus dem Jahr 2014 unterstützt, die zum Frieden und zu guter Nachbarschaft zwischen Deutschland und Russland aufgerufen hatten.

Unsererseits begrüßen wir natürlich die Initiative des langjährigen deutschen Politikers Hans Modrow, die von den Genossen aus seiner Partei unterstützt wurde. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, wie wichtig es ist, die Erinnerung an Ursachen und Entwicklung des Zweiten Weltkrieges wachzuhalten, um solche globalen Katastrophen künftig zu verhindern. Nach Umfragen teilen viele Deutsche die Ideen, die im Appell für Frieden und Mahnung dargelegt sind. Trotz der antirussischen Kulisse, die von westlichen Medien künstlich aufgebaut wird, wollen die Menschen an eine vermeintliche „russische Bedrohung“ nicht glauben. Dass die Bundesregierung das Bedürfnis der Gesellschaft, die Beziehungen mit Russland zu verbessern, konsequent ignoriert und an ihrem konfrontativen Kurs festhält, der auf die Eindämmung unseres Landes abgestellt ist, ist bedauernswert.

Wir möchten trotzdem hoffen, dass der gesunde Menschenverstand in Berlin letztendlich die Oberhand gewinnt. Unsererseits bestätigen wir nochmals die Bereitschaft, einen gegenseitig respektvollen und offenen Dialog mit Deutschland zu einer breiten Palette aktueller internationaler und bilateraler Fragen zu führen.